
Demonstrationsaufruf des RAV vom 23.6.21

Der RAV ruft auf zur Demonstration Verhindern wir das undemokratische Versammlungsgesetz in NRW

Der RAV ruft alle Mitglieder – nicht nur aus NRW – auf zur Teilnahme an der zentralen Demonstration gegen den Gesetzesentwurf der nordrhein-westfälischen CDU/FDP-Regierung zum Versammlungsgesetz!

**26. Juni 2021 – 13:00 Uhr
DGB Haus/Friedrich-Ebert-Straße 34-38**

Dieses Gesetz muss abgewehrt werden.

Der Entwurf verfehlt den zentralen Kern eines Versammlungsgesetzes: den Schutz der Versammlungsfreiheit als Abwehrrecht gegenüber dem Staat. Der Entwurf ist vordemokratisch und atmet den Geist eines autoritären Staats (vgl. auch die ausführliche Stellungnahme des RAV, die gemeinsam mit der VDJ und dem Komitee für Grundrechte und Demokratie verfasst wurde

[Erklärung RAV VDJ u. Grundrechtskomitee zum Gesetzentwurf fuer ein NRW Versammlungsgesetz.pdf](#)).

Der Entwurf der Landesregierung ist durch ein tiefes Misstrauen gegen Bürger*innen geprägt, die vom Grundrecht der Versammlungsfreiheit Gebrauch machen. Versammlungen werden alleinig als polizeilich zu behandelndes Problem – als Gefahr, der man begegnen muss – verstanden. Entsprechend sieht der Entwurf weitreichende Regulierungs- und Überwachungsmöglichkeiten für die Polizei vor: Die Anwendbarkeit von Polizeirecht in Versammlungen, die Errichtung von Kontrollstellen zur Identitätsfeststellung und Durchsuchung, das Verbot der Teilnahme mithilfe von Meldeauflagen, Videoüberwachung und -aufzeichnung, Gefährderansprachen und weitere Maßnahmen. Zusätzlich werden Möglichkeiten der Kriminalisierung von Teilnehmenden und Veranstalter*innen stark ausgeweitet. Es werden neue Straftatbestände und Ordnungswidrigkeiten geschaffen, sowie

Strafmaße erhöht. Der Versammlungsleitung werden umfangreiche Pflichten auferlegt, die Anmeldung von Versammlungen wird erschwert. Dass es der Landesregierung im Braunkohleland NRW insbesondere darum geht, konzernkritische Klimaproteste gegen RWE abzuschwächen, belegt die Gesetzesbegründung. Auch antifaschistische Proteste werden massiv erschwert, das Recht auf Gegendemonstrationen beschnitten.

Rechtsanwältin Anna Busl, Mitglied im erweiterten Vorstand des RAV, erklärt hierzu: *»Die Ausübung der Versammlungsfreiheit, vom Bundesverfassungsgericht bezeichnet als ›ein Stück ursprünglich-ungebändigter unmittelbarer Demokratie, das geeignet ist, den politischen Betrieb vor Erstarrung in geschäftiger Routine zu bewahren‹, wird durch diesen Gesetzentwurf zur ›Gefahr‹ erklärt, der polizeilich Einhalt geboten werden muss. Durch die Aufhebung der sog. Polizeifestigkeit von Versammlungen kann gegen jeden Teilnehmer als ›Störer‹ polizeilich vorgegangen werden«.*

Gemeinsam mit der VDJ und weiteren Jurist*innen-Organisationen werden wir als RAV daher einen gemeinsamen Block auf der Demonstration bilden.

Treffpunkt: Mercur Spielothek, Ecke Karlstr./ Friedrich Ebert Str., ab 12.30 Uhr

Alle Informationen rund um den Aufruf und der Demonstration finden sich hier:
<https://www.nrw-versammlungsgesetz-stoppen.de/>